

279936-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten – Vergabe von Sicherungsdienstleistungen für den Landkreis Havelland (01.01.2025, 12:00 Uhr - 01.01.2031, 12:00 Uhr)

OJ S 92/2024 13/05/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Havelland - Der Landrat -

E-Mail: vergabestelle@havelland.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe von Sicherungsdienstleistungen für den Landkreis Havelland (01.01.2025, 12:00 Uhr - 01.01.2031, 12:00 Uhr)

Beschreibung: Der Landkreis Havelland beabsichtigt die nachfolgend benannte Leistung zu vergeben. Der Leistungszeitraum ist vom 01.01.2025 um 12:00 Uhr bis einschließlich zum 01.01.2031 um 12:00 Uhr. Die Leistung wird wie folgt in Lose aufgeteilt: - Los 1 - Empfangs-, Revierkontroll- und Interventionsdienste für diverse Objekte und Liegenschaften des AG Die Sicherungsdienstleistungen für Los 1 beinhalten Empfangs-, Revierkontroll- und Interventionsdienste für diverse Objekte und Liegenschaften des AG. Es handelt sich hierbei u. a. um Schulen, Jobcenter und Verwaltungsgebäude. Die Details sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. - Los 2 - 24-Stunden-Bewachung in Übergangwohnheimen im Osthavelland Die Sicherungsdienstleistungen für Los 2 beinhalten Bewachungsdienstleistungen für fünf Übergangwohnheime sowie einer Notunterkunft im Osthavelland. Die Details sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. - Los 3 - 24-Stunden-Bewachung in Übergangwohnheimen im Westhavelland Die Sicherungsdienstleistungen für Los 3 beinhalten Bewachungsdienstleistungen für vier Übergangwohnheime im Westhavelland. Die Details sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: 9a0f0aba-19d4-4dc9-a2cf-c67944dace4b

Interne Kennung: DI-ZVSt-BW-08/2024-EU

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79711000 Überwachung von Alarmanlagen, 79713000

Bewachungsdienste, 79714000 Überwachungsdienste, 79715000 Streifendienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Landkreis Havelland

Postleitzahl: 00000
Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)
Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXSYYYDY1J74M8M2 Den vorgesehener Verfahrensgang können Sie der Anlage 4-VgV-TNW Informationsunterlage (Ziffer 7) entnehmen. Die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, erfolgt anhand der in der Unterlage 3.1 (Los 1) bzw. der Unterlage 3.2 (Los 2) bzw. der Unterlage 3.3 (Los 3) Bewertungsmatrix Eignung sowie anhand der im Folgenden dargestellten Auswahlkriterien und Gewichtungsfaktoren. > Umsatz (Gewichtungsfaktor 33) > Referenzen (Gewichtungsfaktor 67) Los 1: > vergleichbarer Umsatz je Geschäftsjahr in den letzten drei Jahren 3 - 6 Mio. EUR brutto; vergleichbare Umsätze sind, Umsätze aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik). > Referenzen mindestens 3 Referenzleistungen aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) mit jeweils einem Mindestauftragswert im Jahr von 500.000 netto, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger; maximal werden 12 Referenzleistungen gewertet. Los 2: > vergleichbarer Umsatz je Geschäftsjahr in den letzten drei Jahren 15 - 30 Mio. EUR brutto; vergleichbare Umsätze sind, Umsätze aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme. > Referenzen mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Krankenhaus mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung pro Objekt in Höhe von 130 Personen. Maximal werden 12 Referenzleistung gewertet. Los 3: > vergleichbarer Umsatz je Geschäftsjahr in den letzten drei Jahren 10 - 25 Mio. EUR brutto; vergleichbare Umsätze sind, Umsätze aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme. > Referenzen mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung in Höhe von 100 Personen. Maximal werden 12 Referenzleistungen gewertet. Bei Los 2 und Los 3 handelt es sich um eine Rahmenvereinbarung. Hinweis zu den weiteren Anforderungen an Bietergemeinschaften: Mehrere Bieter können sich grundsätzlich zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bietergemeinschaft mit dem Angebot eine Bietergemeinschaftserklärung einreichen. Diese Erklärung beinhaltet die Bildung einer Bietergemeinschaft im Falle der Angebotserstellung und einer Arbeitsgemeinschaft im Falle der Auftragserteilung sowie die Übernahme einer gesamtschuldnerischen Haftung durch die Bietergemeinschaft und eine Auflistung ihrer Mitglieder. Schließlich soll die Erklärung die Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters sowie, dass dieser die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, beinhalten. Bei Bietergemeinschaften sind geforderte Erklärungen bzw. Nachweise für jedes Bietergemeinschaftsmitglied mit dem Angebot einzureichen, sofern dies nicht anders ausgewiesen ist. Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der Bietergemeinschaft ist nicht zugelassen. Hinweis zur Präqualifikation - erleichterte Nachweisform (PQ-Verzeichnis): Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen) (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Angebots durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem Angebot Eigenklärungen oder Nachweise gefordert werden, die nicht in der v. g.

Datenbank bzw. mit nicht ausreichendem Inhalt, enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Hinweis zum Verfahrensablauf: Eine Objektbesichtigung ist nicht vorgesehen. Bieter können die Objekte eigenständig von außen besichtigen, wenn sie es für erforderlich halten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 3

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 3

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Empfangs-, Revierkontroll- und Interventionsdienste für diverse Objekte und Liegenschaften des AG

Beschreibung: Los 1: Empfangs-, Revierkontroll- und Interventionsdienste für diverse Objekte und Liegenschaften des AG. Es handelt sich bei den Objekten und Liegenschaften des AG u. a. um Verwaltungsgebäude, Jobcenter und Schulen (siehe Anlage 16.1-VgV-ANG - Objektliste Los 1). Los 2: 24-Stunden-Bewachung in Übergangwohnheimen im Osthavelland Es handelt sich um die Bewachung von fünf Übergangwohnheimen sowie optional um eine Notunterkunft im Osthavelland (siehe Anlage 16.2-VgV-ANG - Objektliste Los 2). . Los 3: 24-Stunden-Bewachung in Übergangwohnheimen im Westhavelland Es handelt sich um die Bewachung von vier Übergangwohnheimen im Westhavelland (siehe Anlage 16.3-VgV-ANG - Objektliste Los 3).

Interne Kennung: 1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79711000 Überwachung von Alarmanlagen, 79713000

Bewachungsdienste, 79714000 Überwachungsdienste, 79715000 Streifendienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Los 2: Der Betrieb des Gebäudes MAFZ (Notunterkunft) wird optional aufgenommen, da aktuell der Betrieb noch nicht notwendig ist.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Landkreis Havelland

Postleitzahl: 00000

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/01/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst# Systembedingt lässt sich nicht einstellen, dass es sich bei Los 1 nicht um eine Rahmenvereinbarung handelt. Der angegebene Maximalwert, ist kein maximaler Abrufwert, sondern stellt lediglich die Kostenschätzung dar.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Mindestlöhne, Tarifvorgaben

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Prozessinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.4-VgV-TNW -

Bestätigung der Betriebshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels

Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (je

Versicherungsfall) - zugleich Mindestanforderung: > für Sachschäden 5.000.000,00 EUR > für

Personenschäden 5.000.000,00 EUR > für reine Vermögensschäden 500.000,00 EUR > für

das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten 250.000,00 EUR > für das

Abhandenkommen bewachter Sachen 250.000,00 EUR > für Schäden aus Verletzung des

Datenschutzes 250.000,00 EUR > für Bearbeitungs- bzw. Tätigkeitsschäden 250.000,00 EUR

> für Umwelthaftpflichtschäden 2.500.000,00 EUR Die Gesamtleistung des Versicherers

innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser

Deckungssummen betragen. Für Umwelthaftpflichtschäden muss die Gesamtleistung des

Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres die einfache Versicherungssumme

betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist

eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein

Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen wird (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV) und dies

dann nachgewiesen wird. - 6.5-VgV-TNW - Eigenerklärung des Bewerbers über den

vergleichbaren Umsatz in den letzten drei Geschäftsjahren, sofern entsprechende Angaben

verfügbar sind (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung

vorzulegen): Eigenerklärung über den jährlichen vergleichbaren Umsatz der Bewerberin/der

Bewerberinnengemeinschaft in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der vergleichbare Umsatz der

Mitglieder einer Bewerberinnengemeinschaft wird addiert. Es gelten die nachfolgenden

Mindestanforderungen: > Los 1: 3 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) > Los 2:

15 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) > Los 3: 10 Mio. EUR vergleichbarer

Umsatz pro Jahr (brutto) Teilnahmeanträge, die auf das jeweilige Los bezogen, die o.g.

Mindestumsatzzahlen nicht erreichen, werden ausgeschlossen. Als vergleichbarer Umsatz

gelten folgende Umsätze: Bei Los 1: > Umsätze aus dem Bereich Sicherheitsdienstleistungen

für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) Bei

Los 2 und 3: > Umsätze aus dem Bereich Sicherungsdienstleistung, insbesondere Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme Im Übrigen wird auf die Anlage 6.8 (Eignungsleihe) und 6.9 (Verpflichtungserklärung Eignungsleihe - Einreichen auf Verlangen) Bezug genommen Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Fortsetzung der Technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (zu den Übrigen Voraussetzungen siehe oben): - 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement und ISO 14001 Umweltmanagementsysteme (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen):): Eigenerklärung zum Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement. Für den Fall, dass Bewerber über keine vorbenannte Zertifizierung verfügen, gelten folgende Nachweispflichten, durch diese ebenfalls die Mindestanforderung an die Eignung erfüllt werden kann: Eigenerklärung über das Vorhandensein einer gleichwertigen Bescheinigung durch eine akkreditierte Stelle aus anderen Staaten, vgl. § 49 Abs. 1 S. 2 VgV - mit dem Teilnahmeantrag ist hierzu eine individuelle Bewerbererklärung einzureichen oder Eigenerklärung über das Bestehen eines gleichwertigen Qualitätssicherungssystems. Der Bewerber hat hierzu eine Eigenerklärung abzugeben, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen. Um von einem gleichwertigen Qualitätssicherungssystem auszugehen, hat die beigelegte Eigenerklärung mindestens folgende Aspekte dieses Qualitätssicherungssystems zu erläutern: - Kontext der Organisation o Verstehen der Organisation und ihres Kontextes o Verstehen der Erfordernisse und Erwartungen von Beschäftigten und anderen interessierten Parteien o Festlegen der Anwendungsbereich des SGA-Managementsystems o SGA-Managementsystem - Führung und Beteiligung der Beschäftigten o Führung und Verpflichtung o SGA-Politik o Rollen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse in der Organisation o Konsultation und Beteiligung der Beschäftigten - Planung o Maßnahmen zum Umgang mit Risiken und Chancen - Ermittlung von Gefährdungen und Bewertung von Risiken und Chancen - Bestimmung rechtlicher Verpflichtungen und anderer Anforderungen - Planung von Maßnahmen o SGA-Ziele und Planung deren Erreichung - Unterstützung o Ressourcen o Kompetenz o Bewusstsein - Kommunikation (intern/extern) o Dokumentierte Information (Erstellung und Aktualisierung sowie Lenkung der Information) - Betrieb o Betriebliche Planung und Steuerung o Gefahren beseitigen und SGA-Risiken verringern o Änderungsmanagement o Beschaffung o Notfallplanung und Reaktion - Bewertung der Leistung o Überwachung, Messung, Analyse und Leistungsbewertung - Bewertung der Compliance o Internes Audit (inkl. Auditprogramm) o Managementbewertung - Verbesserung o Vorfall, Nichtkonformität und Korrekturmaßnahmen o Fortlaufende Verbesserung Dieser alternative Nachweis durch Eigenerklärung kann nur dann zulässigerweise durch einen Bewerber erbracht werden, wenn dieser aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden, vorbenannten Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen konnte. Die Gründe hierfür hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zu benennen. Er trägt hierfür die Darlegungslast. Falls geplant ist, diesen alternativen Nachweis abzugeben, ist die Anlage 6.12-VgV-TNW - bei Abgabe des Antrags unausgefüllt abzugeben. Dies ist eine Mindestanforderung. - 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zum Alarmprovider-Einsatz zzgl. Nachweis (Los 1) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass der Bewerber über eine gültige

Zertifizierung als Alarmprovider nach DIN EN 50518 oder über eine gültige Anerkennung als Notruf- und Serviceleitstelle und Alarmprovider nach der Richtlinie VdS 3138 verfügt oder einen Alarmprovider bzw. eine Notruf- und Serviceleitstelle einsetzt, der/die über eine gültige Zertifizierung als Alarmprovider nach DIN EN 50518 oder über eine gültige Anerkennung als Notruf- und Serviceleitstelle und Alarmprovider nach der Richtlinie VdS 3138 verfügt. Die Nachweisführung ist auch durch andere vergleichbare Nachweise möglich. Der Bewerber hat einen entsprechenden Nachweis mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Der Bewerber kann sich anderer Unternehmen dabei bedienen. Er muss dann die entsprechenden Erklärungen einreichen. Dies ist eine Mindestanforderung 2. Einzureichende weitere Unterlagen: - 5 - VgV - TNW - Teilnahmeantrag (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.16 - VgV - TNW - Erklärung zu Subventionen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) 3. Sofern in dieser Bekanntmachung Eignungsbedingungen nicht losspezifisch ausgewiesen sind, gelten diese losübergreifend für alle Lose.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachfolgenden Hinweise gelten: - für die persönliche Lage, - die wirtschaftliche/finanzielle und - technische/berufliche

Leistungsfähigkeit. Hinweis zur Präqualifizierung: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einem anerkannten Präqualifikationsverzeichnis und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, für den Fall, dass nicht alle geforderten Erklärungen enthalten sind. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot - entweder die ausgefüllte Anlage 9 oder - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 1.5 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen / die Eigenerklärung bzw. die EEE auch für diese abzugeben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Hinweis auf § 47 VgV - Eignungsleihe: Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat auf gesonderte Anforderung den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen nebst Erklärungen über Eignungskriterien und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Der Bieter hat ggf. nach Prüfung ein anderes Unternehmen, bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten fakultative

Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, behält sich der Auftraggeber vor, dass das andere Unternehmen durch den Bieter oder Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ausgewechselt wird; im Übrigen siehe § 36 Abs. 5 und § 47 VgV. Hinweis zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE): Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Angebot eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden; dann gilt § 50 VgV. Einzureichende Unterlagen: - 6.1-VgV-TNW - Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123, 124 GWB (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.2-VgV-TNW - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, bei dem der Teilnehmer aufzeigt, welche Selbstreinigungsmaßnahmen er begonnen hat oder welche bereits abgeschlossen sind. Bei Vorlage eines Ausschlussgrundes nach §123,124 GWB. - 6.3-VgV-TNW - Bewerbungsgemeinschaftserklärung (§ 43 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.11-VgV-TNW - § 34a GewO (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 34a der Gewerbeordnung (GewO) oder eine gleichwertige Erlaubnis eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder aber eine sonstige Bescheinigung / einen sonstigen Nachweis der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum über die Befähigung zur Ausübung des Bewachungsgewerbes (vgl. § 13 Bewachungsverordnung) vorliegt. Für ausländische Bewerber: Erklärung dazu, wie sichergestellt wird, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 13 a GewO bis spätestens zum Beginn der Auftragsausführung vorliegt. - 6.14 - VgV - TNW - Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.6-VgV-TNW -

Referenzobjekte (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen):

Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers und Kontaktdaten des Referenzgebers. Es werden für das Kriterium Referenzen nachfolgende Unterkriterien je Los gebildet: Weitere Einzelheiten sind der Eignungsmatrix sowie der Informationsunterlage zu entnehmen. Es gelten die nachfolgenden

Mindestanforderungen: Eine Referenz ist nur dann wertbar, wenn diese die Anforderungen an das jeweilige Los erfüllt. Los 1: > Mindestens 3 Referenzleistungen aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) mit jeweils einem Mindestauftragswert im Jahr von 500.000 netto, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Los 2: > Mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung pro Objekt in Höhe von 130 Personen, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Los 3: > Mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung in Höhe von 100 Personen, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Hierbei sind je Los die genannte Mindestanzahl an Referenzen mit den jeweiligen genannten Anforderungen einzureichen. Erfüllt ein Bewerber diese Anforderungen nicht, erfolgt der Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb. - 6.7-VgV-

TNW - Nachunternehmererklärung /Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise des Nachunternehmers. Auf Anforderung sind die dazugehörige Verpflichtungserklärung und die Eignungsnachweise des Nachunternehmers einzureichen: > Nachunternehmerverpflichtungserklärung > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis (siehe oben bei "Eignungskriterium - Sonstiges - 1. - 6.12-VgV-TNW-Erklärung zur Zertifizierung") > Einsatz eines gültig zertifizierten Alarmproviders zertifiziert nach DIN EN 50518 oder VdS 3138 zzgl. Nachweis (Los 1) (sofern einschlägig) Die Mindestanforderungen, die für die Bewerber gelten, gelten auch für Nachunternehmer - ausgenommen der Mindestanforderungen bzgl. des Umsatzes. - 6.8-VgV-TNW - Eigenerklärung Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, ob und wie im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe, § 47 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Erklärungen nach § 123ff GWB. Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der techn. Leistungsfähigkeit erfolgt, muss mit dem Teilnahmeantrag zugleich eine dazugehörige Nachunternehmererklärung eingereicht werden und auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung Nachunternehmer und die Ausschlusserklärung sowie Eignungsnachweise des Nachunternehmers. Auf Anforderung sind die dazugehörigen Verpflichtungserklärung und die Eignungsnachweise des Eignungsverleihers im Hinblick auf die geliehene Eignung einzureichen: > Verpflichtungserklärung Eignungsleihe > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO (soweit einschlägig) > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV (soweit einschlägig) > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV (soweit einschlägig) > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV (soweit einschlägig) > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis (siehe oben bei "Eignungskriterium - Sonstiges - 1. - 6.12-VgV-TNW-Erklärung zur Zertifizierung") > Einsatz eines gültig zertifizierten Alarmproviders zertifiziert nach DIN EN 50518 oder VdS 3138 zzgl. Nachweis (Los 1) (sofern einschlägig) - 6.9-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.10-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Nachunternehmereinsatz (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement und ISO 14001 Umweltmanagementsysteme (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (losübergreifend) (siehe sonstige Eignungsbedingungen). - 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zum Alarmprovider-Einsatz zzgl. Nachweis (Los 1) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (siehe sonstige Eignungsbedingungen)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/05/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYYDY1J74M8M2/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYYDY1J74M8M2>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYYDY1J74M8M2>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/05/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 159 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt lediglich im Umfang der Regelungen der VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - 6 - VgV - TNW - Bewerberbogen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.15 - VgV - TNW - Erklärung zu Russlandsanktionen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: § 65 Abs. 2 VgV

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bewerber/Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die in Ziffer I.1) genannte

Vergabestelle zu richten. Die zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist in Ziffer VI.

4.1) genannt. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. § 160 GWB der Antrag auf Einleitung eines

Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer (Ziff. VI.4.1). Der Antrag ist

unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist

nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind. § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf

Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134

Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis Havelland - Der Landrat -

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landkreis Havelland - Der Landrat -

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

5.1. Los: LOT-0003

Titel: 24-Stunden-Bewachung in Übergangwohnheimen im Osthavelland

Beschreibung: Es handelt sich um die Bewachung von fünf Übergangwohnheimen sowie optional um eine Notunterkunft im Osthavelland. Es handelt sich um eine

Rahmenvereinbarung. Der AN hat mindestens das vorgesehene Personal gem. DIN 77200-2: 2022-10 Punkt 8.2 zu stellen bzw. einen höheren Personalschlüssel, wenn der AG dies abruf.

Mit Zuschlag gilt das Personal als abgerufen, welches sich aufgrund aktueller

Belegungszahlen aus den Objektlisten ergibt; vorbehaltlich MAFZ / ÜWH A5 (siehe

Vergabeunterlagen). Der AN hat jedoch keinen Anspruch auf eine bestimmte Belegung oder

den Bestand der Gebäude. Die Kostenschätzung aufgrund der aktuellen Belegungszahlen,

vorbehaltlich der Objekte ÜWH A5 und MAFZ, beträgt 35,5 Mio. EUR netto zzgl. USt. für die

gesamte Laufzeit des Auftrages. Bei einer maximalen Auslastung würde der Auftragswert für

dieses Los 47,5 Mio. EUR netto zzgl. USt. betragen. Der Auftrag endet bei Erreichen dieses

Maximalwertes, vorbehaltlich einer Anwendung von §§ 130, 132 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3 GWB. Der

Abruf bzgl. einer Personalaufstockung sowie eine etwaige Personalreduzierung aufgrund einer

Verringerung der Bewohnerzahlen ist unter Ziffer 1.4 der Anlage 15.2-VgV-ANG - EVB Los 2

geregelt.

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79711000 Überwachung von Alarmanlagen, 79713000

Bewachungsdienste, 79714000 Überwachungsdienste, 79715000 Streifendienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Betrieb des Gebäudes MAFZ (Notunterkunft) wird optional aufgenommen, da aktuell der Betrieb noch nicht notwendig ist.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Landkreis Havelland

Postleitzahl: 00000

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/01/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Mindestlöhne, Tarifvorgaben

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Prozessinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.4-VgV-TNW -

Bestätigung der Betriebshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels

Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (je

Versicherungsfall) - zugleich Mindestanforderung: > für Sachschäden 5.000.000,00 EUR > für Personenschäden 5.000.000,00 EUR > für reine Vermögensschäden 500.000,00 EUR > für das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten 250.000,00 EUR > für das Abhandenkommen bewachter Sachen 250.000,00 EUR > für Schäden aus Verletzung des Datenschutzes 250.000,00 EUR > für Bearbeitungs- bzw. Tätigkeitsschäden 250.000,00 EUR > für Umwelthaftpflichtschäden 2.500.000,00 EUR Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen. Für Umwelthaftpflichtschäden muss die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres die einfache Versicherungssumme betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen wird (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV) und dies dann nachgewiesen wird. - 6.5-VgV-TNW - Eigenerklärung des Bewerbers über den vergleichbaren Umsatz in den letzten drei Geschäftsjahren, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung über den jährlichen vergleichbaren Umsatz der Bewerberin/der Bewerberinnengemeinschaft in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der vergleichbare Umsatz der Mitglieder einer Bewerberinnengemeinschaft wird addiert. Es gelten die nachfolgenden Mindestanforderungen: > Los 1: 3 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) > Los 2: 15 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) > Los 3: 10 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) Teilnahmeanträge, die auf das jeweilige Los bezogen, die o.g. Mindestumsatzzahlen nicht erreichen, werden ausgeschlossen. Als vergleichbarer Umsatz gelten folgende Umsätze: Bei Los 1: > Umsätze aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) Bei Los 2 und 3: > Umsätze aus dem Bereich Sicherungsdienstleistung, insbesondere Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme Im Übrigen wird auf die Anlage 6.8 (Eignungsleihe) und 6.9 (Verpflichtungserklärung Eignungsleihe - Einreichen auf Verlangen) Bezug genommen Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Fortsetzung der Technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (zu den Übrigen Voraussetzungen siehe oben): - 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement und ISO 14001 Umweltmanagementsysteme (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen):): Eigenerklärung zum Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement. Für den Fall, dass Bewerber über keine vorbenannte Zertifizierung verfügen, gelten folgende Nachweispflichten, durch diese ebenfalls die Mindestanforderung an die Eignung erfüllt werden kann: Eigenerklärung über das Vorhandensein einer gleichwertigen Bescheinigung durch eine akkreditierte Stelle aus anderen Staaten, vgl. § 49 Abs. 1 S. 2 VgV - mit dem Teilnahmeantrag ist hierzu eine individuelle Bewerbererklärung einzureichen oder Eigenerklärung über das Bestehen eines gleichwertigen Qualitätssicherungssystems. Der Bewerber hat hierzu eine Eigenerklärung abzugeben, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen. Um von einem gleichwertigen Qualitätssicherungssystem auszugehen, hat die beigelegte Eigenerklärung mindestens folgende Aspekte dieses Qualitätssicherungssystem zu erläutern: - Kontext der Organisation o

Verstehen der Organisation und ihres Kontextes o Verstehen der Erfordernisse und Erwartungen von Beschäftigten und anderen interessierten Parteien o Festlegen der Anwendungsbereich des SGA-Managementsystems o SGA-Managementsystem - Führung und Beteiligung der Beschäftigten o Führung und Verpflichtung o SGA-Politik o Rollen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse in der Organisation o Konsultation und Beteiligung der Beschäftigten - Planung o Maßnahmen zum Umgang mit Risiken und Chancen - Ermittlung von Gefährdungen und Bewertung von Risiken und Chancen - Bestimmung rechtlicher Verpflichtungen und anderer Anforderungen - Planung von Maßnahmen o SGA-Ziele und Planung deren Erreichung - Unterstützung o Ressourcen o Kompetenz o Bewusstsein - Kommunikation (intern/extern) o Dokumentierte Information (Erstellung und Aktualisierung sowie Lenkung der Information) - Betrieb o Betriebliche Planung und Steuerung o Gefahren beseitigen und SGA-Risiken verringern o Änderungsmanagement o Beschaffung o Notfallplanung und Reaktion - Bewertung der Leistung o Überwachung, Messung, Analyse und Leistungsbewertung - Bewertung der Compliance o Internes Audit (inkl. Auditprogramm) o Managementbewertung - Verbesserung o Vorfall, Nichtkonformität und Korrekturmaßnahmen o Fortlaufende Verbesserung Dieser alternative Nachweis durch Eigenerklärung kann nur dann zulässigerweise durch einen Bewerber erbracht werden, wenn dieser aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden, vorbenannten Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen konnte. Die Gründe hierfür hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zu benennen. Er trägt hierfür die Darlegungslast. Falls geplant ist, diesen alternativen Nachweis abzugeben, ist die Anlage 6.12-VgV-TNW - bei Abgabe des Antrags unausgefüllt abzugeben. Dies ist eine Mindestanforderung. - 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zum Alarmprovider-Einsatz zzgl. Nachweis (Los 1) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass der Bewerber über eine gültige Zertifizierung als Alarmprovider nach DIN EN 50518 oder über eine gültige Anerkennung als Notruf- und Serviceleitstelle und Alarmprovider nach der Richtlinie VdS 3138 verfügt oder einen Alarmprovider bzw. eine Notruf- und Serviceleitstelle einsetzt, der/die über eine gültige Zertifizierung als Alarmprovider nach DIN EN 50518 oder über eine gültige Anerkennung als Notruf- und Serviceleitstelle und Alarmprovider nach der Richtlinie VdS 3138 verfügt. Die Nachweisführung ist auch durch andere vergleichbare Nachweise möglich. Der Bewerber hat einen entsprechenden Nachweis mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Der Bewerber kann sich anderer Unternehmen dabei bedienen. Er muss dann die entsprechenden Erklärungen einreichen. Dies ist eine Mindestanforderung 2. Einzureichende weitere Unterlagen: - 5 - VgV - TNW - Teilnahmeantrag (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.16 - VgV - TNW - Erklärung zu Subventionen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) 3. Sofern in dieser Bekanntmachung Eignungsbedingungen nicht losspezifisch ausgewiesen sind, gelten diese losübergreifend für alle Lose.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachfolgenden Hinweise gelten: - für die persönliche Lage, - die wirtschaftliche/finanzielle und - technische/berufliche

Leistungsfähigkeit. Hinweis zur Präqualifizierung: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einem anerkannten Präqualifikationsverzeichnis und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, für den Fall, dass nicht alle geforderten Erklärungen enthalten sind. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der

Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot - entweder die ausgefüllte Anlage 9 oder - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 1.5 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen / die Eigenerklärung bzw. die EEE auch für diese abzugeben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Hinweis auf § 47 VgV - Eignungsleihe: Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat auf gesonderte Anforderung den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen nebst Erklärungen über Eignungskriterien und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Der Bieter hat ggf. nach Prüfung ein anderes Unternehmen, bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, behält sich der Auftraggeber vor, dass das andere Unternehmen durch den Bieter oder Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ausgewechselt wird; im Übrigen siehe § 36 Abs. 5 und § 47 VgV. Hinweis zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE): Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Angebot eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden; dann gilt § 50 VgV. Einzureichende Unterlagen: - 6.1-VgV-TNW - Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123, 124 GWB (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.2-VgV-TNW - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, bei dem der Teilnehmer aufzeigt, welche Selbstreinigungsmaßnahmen er begonnen hat oder welche bereits abgeschlossen sind. Bei Vorlage eines Ausschlussgrundes nach §123,124 GWB. - 6.3-VgV-TNW - Bewerbungsgemeinschaftserklärung (§ 43 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.11-VgV-TNW - § 34a GewO (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 34a der Gewerbeordnung (GewO) oder eine gleichwertige Erlaubnis eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder aber eine sonstige Bescheinigung / einen sonstigen Nachweis der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum über die Befähigung zur Ausübung des Bewachungsgewerbes (vgl. § 13 Bewachungsverordnung) vorliegt. Für ausländische Bewerber: Erklärung dazu, wie sichergestellt wird, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 13 a GewO bis spätestens zum Beginn der Auftragsausführung vorliegt. - 6.14 - VgV - TNW - Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.6-VgV-TNW -

Referenzobjekte (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen):

Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers und Kontaktdaten des Referenzgebers. Es werden für das Kriterium Referenzen nachfolgende Unterkriterien je Los gebildet: Weitere Einzelheiten sind der Eignungsmatrix sowie der Informationsunterlage zu entnehmen. Es gelten die nachfolgenden

Mindestanforderungen: Eine Referenz ist nur dann wertbar, wenn diese die Anforderungen an das jeweilige Los erfüllt. Los 1: > Mindestens 3 Referenzleistungen aus dem Bereich

Sicherungsdienstleistungen für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) mit jeweils einem Mindestauftragswert im Jahr von 500.000 netto, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Los 2: > Mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich

Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung pro Objekt in Höhe von 130 Personen, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Los 3: > Mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich

Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung in Höhe von 100 Personen, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Hierbei sind je Los die genannte Mindestanzahl an

Referenzen mit den jeweiligen genannten Anforderungen einzureichen. Erfüllt ein Bewerber diese Anforderungen nicht, erfolgt der Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb. - 6.7-VgV-

TNW - Nachunternehmererklärung /Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV); auf Anforderung die dazugehörige

Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise des Nachunternehmers. Auf Anforderung sind die dazugehörige Verpflichtungserklärung und die Eignungsnachweise des

Nachunternehmers einzureichen: > Nachunternehmerverpflichtungserklärung > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den

vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Nachweis zum Vorliegen einer

Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis (siehe oben bei "Eignungskriterium - Sonstiges - 1. - 6.12-VgV-TNW-Erklärung zur Zertifizierung") > Einsatz eines gültig zertifizierten Alarmproviders zertifiziert nach DIN EN

50518 oder VdS 3138 zzgl. Nachweis (Los 1) (sofern einschlägig) Die Mindestanforderungen, die für die Bewerber gelten, gelten auch für Nachunternehmer - ausgenommen der

Mindestanforderungen bzgl. des Umsatzes. - 6.8-VgV-TNW - Eigenerklärung Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels

Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, ob und wie im Hinblick auf die erforderliche

wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe, § 47

VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Erklärungen nach § 123ff GWB. Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der techn. Leistungsfähigkeit erfolgt, muss mit dem Teilnahmeantrag zugleich eine dazugehörige Nachunternehmererklärung eingereicht

werden und auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung Nachunternehmer und die Ausschlusserklärung sowie Eignungsnachweise des Nachunternehmers. Auf Anforderung sind die dazugehörigen Verpflichtungserklärung und die Eignungsnachweise des Eignungsverleihers im Hinblick auf die geliehene Eignung einzureichen: >

Verpflichtungserklärung Eignungsleihe > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO (soweit einschlägig) > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV (soweit einschlägig) > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV (soweit einschlägig) > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV (soweit einschlägig) > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis (siehe oben bei "Eignungskriterium - Sonstiges - 1. - 6.12-VgV-TNW-Erklärung zur Zertifizierung") > Einsatz eines gültig zertifizierten Alarmproviders zertifiziert nach DIN EN 50518 oder VdS 3138 zzgl. Nachweis (Los 1) (sofern einschlägig) - 6.9-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.10-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Nachunternehmereinsatz (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement und ISO 14001 Umweltmanagementsysteme (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (losübergreifend) (siehe sonstige Eignungsbedingungen). - 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zum Alarmprovider-Einsatz zzgl. Nachweis (Los 1) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (siehe sonstige Eignungsbedingungen)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/05/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYDY1J74M8M2/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYDY1J74M8M2>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYDY1J74M8M2>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/05/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 159 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt lediglich im Umfang der Regelungen der VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - 6 - VgV - TNW - Bewerberbogen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.15 - VgV - TNW - Erklärung zu Russlandsanktionen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: § 65 Abs. 2 VgV

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bewerber/Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die in Ziffer I.1) genannte Vergabestelle zu richten. Die zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist in Ziffer VI. 4.1) genannt. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. § 160 GWB der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer (Ziff. VI.4.1). Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf

Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis Havelland - Der Landrat -

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landkreis Havelland - Der Landrat -
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

5.1. Los: LOT-0004

Titel: 24-Stunden-Bewachung in Übergangwohnheimen im Westhavelland

Beschreibung: Es handelt sich um die Bewachung von vier Übergangwohnheimen im Westhavelland. Es handelt sich um eine Rahmenvereinbarung. Der AN hat mindestens das vorgesehene Personal gem. DIN 77200-2:2022-10 Punkt 8.2 zu stellen bzw. einen höheren Personalschlüssel, wenn der AG dies abrufen. Mit Zuschlag gilt das Personal als abgerufen, welches sich aufgrund aktueller Belegungszahlen aus den Objektlisten ergibt. Der AN hat jedoch keinen Anspruch auf eine bestimmte Belegung oder den Bestand der Gebäude. Die Kostenschätzung aufgrund der aktuellen Belegungszahlen beträgt 17 Mio. EUR Netto zzgl. USt für die gesamte Laufzeit des Vertrages. Bei einer maximalen Auslastung würde der Auftragswert für dieses Los 23,8 Mio. EUR netto zzgl. USt. betragen. Der Auftrag endet bei Erreichen dieses Maximalwertes, vorbehaltlich einer Anwendung von §§ 130, 132 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3 GWB. Der Abruf bzgl. einer Personalaufstockung sowie eine etwaige Personalreduzierung aufgrund einer Verringerung der Bewohnerzahlen ist unter Ziffer 1.4 der Anlage 15.3-VgV-ANG - EVB Los 3 geregelt.

Interne Kennung: 3

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79711000 Überwachung von Alarmanlagen, 79713000

Bewachungsdienste, 79714000 Überwachungsdienste, 79715000 Streifendienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Los 2: Der Betrieb des Gebäudes MAFZ (Notunterkunft) wird optional aufgenommen, da aktuell der Betrieb noch nicht notwendig ist.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Landkreis Havelland

Postleitzahl: 00000

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/01/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Mindestlöhne, Tarifvorgaben

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Prozessinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.4-VgV-TNW -

Bestätigung der Betriebshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels

Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (je

Versicherungsfall) - zugleich Mindestanforderung: > für Sachschäden 5.000.000,00 EUR > für

Personenschäden 5.000.000,00 EUR > für reine Vermögensschäden 500.000,00 EUR > für

das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten 250.000,00 EUR > für das

Abhandenkommen bewachter Sachen 250.000,00 EUR > für Schäden aus Verletzung des

Datenschutzes 250.000,00 EUR > für Bearbeitungs- bzw. Tätigkeitsschäden 250.000,00 EUR

> für Umwelthaftpflichtschäden 2.500.000,00 EUR Die Gesamtleistung des Versicherers

innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser

Deckungssummen betragen. Für Umwelthaftpflichtschäden muss die Gesamtleistung des

Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres die einfache Versicherungssumme

betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist

eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein

Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen wird (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV) und dies

dann nachgewiesen wird. - 6.5-VgV-TNW - Eigenerklärung des Bewerbers über den

vergleichbaren Umsatz in den letzten drei Geschäftsjahren, sofern entsprechende Angaben

verfügbar sind (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung

vorzulegen): Eigenerklärung über den jährlichen vergleichbaren Umsatz der Bewerberin/der

Bewerberinnengemeinschaft in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der vergleichbare Umsatz der

Mitglieder einer Bewerberinnengemeinschaft wird addiert. Es gelten die nachfolgenden

Mindestanforderungen: > Los 1: 3 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) > Los 2:

15 Mio. EUR vergleichbarer Umsatz pro Jahr (brutto) > Los 3: 10 Mio. EUR vergleichbarer

Umsatz pro Jahr (brutto) Teilnahmeanträge, die auf das jeweilige Los bezogen, die o.g.

Mindestumsatzzahlen nicht erreichen, werden ausgeschlossen. Als vergleichbarer Umsatz

gelten folgende Umsätze: Bei Los 1: > Umsätze aus dem Bereich Sicherheitsdienstleistungen

für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) Bei

Los 2 und 3: > Umsätze aus dem Bereich Sicherheitsdienstleistung, insbesondere Unterkunft

für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme Im Übrigen wird auf die Anlage 6.8 (Eignungsleihe) und 6.9 (Verpflichtungserklärung Eignungsleihe - Einreichen auf Verlangen) Bezug genommen Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Fortsetzung der Technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (zu den Übrigen Voraussetzungen siehe oben): - 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement und ISO 14001 Umweltmanagementsysteme (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zum Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement. Für den Fall, dass Bewerber über keine vorbenannte Zertifizierung verfügen, gelten folgende Nachweispflichten, durch diese ebenfalls die Mindestanforderung an die Eignung erfüllt werden kann: Eigenerklärung über das Vorhandensein einer gleichwertigen Bescheinigung durch eine akkreditierte Stelle aus anderen Staaten, vgl. § 49 Abs. 1 S. 2 VgV - mit dem Teilnahmeantrag ist hierzu eine individuelle Bewerbererklärung einzureichen oder Eigenerklärung über das Bestehen eines gleichwertigen Qualitätssicherungssystems. Der Bewerber hat hierzu eine Eigenerklärung abzugeben, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen. Um von einem gleichwertigen Qualitätssicherungssystem auszugehen, hat die beigelegte Eigenerklärung mindestens folgende Aspekte dieses Qualitätssicherungssystems zu erläutern: - Kontext der Organisation o Verstehen der Organisation und ihres Kontextes o Verstehen der Erfordernisse und Erwartungen von Beschäftigten und anderen interessierten Parteien o Festlegen der Anwendungsbereich des SGA-Managementsystems o SGA-Managementsystem - Führung und Beteiligung der Beschäftigten o Führung und Verpflichtung o SGA-Politik o Rollen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse in der Organisation o Konsultation und Beteiligung der Beschäftigten - Planung o Maßnahmen zum Umgang mit Risiken und Chancen - Ermittlung von Gefährdungen und Bewertung von Risiken und Chancen - Bestimmung rechtlicher Verpflichtungen und anderer Anforderungen - Planung von Maßnahmen o SGA-Ziele und Planung deren Erreichung - Unterstützung o Ressourcen o Kompetenz o Bewusstsein - Kommunikation (intern/extern) o Dokumentierte Information (Erstellung und Aktualisierung sowie Lenkung der Information) - Betrieb o Betriebliche Planung und Steuerung o Gefahren beseitigen und SGA-Risiken verringern o Änderungsmanagement o Beschaffung o Notfallplanung und Reaktion - Bewertung der Leistung o Überwachung, Messung, Analyse und Leistungsbewertung - Bewertung der Compliance o Internes Audit (inkl. Auditprogramm) o Managementbewertung - Verbesserung o Vorfall, Nichtkonformität und Korrekturmaßnahmen o Fortlaufende Verbesserung Dieser alternative Nachweis durch Eigenerklärung kann nur dann zulässigerweise durch einen Bewerber erbracht werden, wenn dieser aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden, vorbenannten Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen konnte. Die Gründe hierfür hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zu benennen. Er trägt hierfür die Darlegungslast. Falls geplant ist, diesen alternativen Nachweis abzugeben, ist die Anlage 6.12-VgV-TNW - bei Abgabe des Antrags unausgefüllt abzugeben. Dies ist eine Mindestanforderung. - 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zum Alarmprovider-Einsatz zzgl. Nachweis (Los 1) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass der Bewerber über eine gültige Zertifizierung als Alarmprovider nach DIN EN 50518 oder über eine gültige Anerkennung als

Notruf- und Serviceleitstelle und Alarmprovider nach der Richtlinie VdS 3138 verfügt oder einen Alarmprovider bzw. eine Notruf- und Serviceleitstelle einsetzt, der/die über eine gültige Zertifizierung als Alarmprovider nach DIN EN 50518 oder über eine gültige Anerkennung als Notruf- und Serviceleitstelle und Alarmprovider nach der Richtlinie VdS 3138 verfügt. Die Nachweisführung ist auch durch andere vergleichbare Nachweise möglich. Der Bewerber hat einen entsprechenden Nachweis mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Der Bewerber kann sich anderer Unternehmen dabei bedienen. Er muss dann die entsprechenden Erklärungen einreichen. Dies ist eine Mindestanforderung 2. Einzureichende weitere Unterlagen: - 5 - VgV - TNW - Teilnahmeantrag (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.16 - VgV - TNW - Erklärung zu Subventionen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) 3. Sofern in dieser Bekanntmachung Eignungsbedingungen nicht losspezifisch ausgewiesen sind, gelten diese losübergreifend für alle Lose.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachfolgenden Hinweise gelten: - für die persönliche Lage, - die wirtschaftliche/finanzielle und - technische/berufliche

Leistungsfähigkeit. Hinweis zur Präqualifizierung: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in einem anerkannten Präqualifikationsverzeichnis und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, für den Fall, dass nicht alle geforderten Erklärungen enthalten sind. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot - entweder die ausgefüllte Anlage 9 oder - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 1.5 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen / die Eigenerklärung bzw. die EEE auch für diese abzugeben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Hinweis auf § 47 VgV - Eignungsleihe: Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat auf gesonderte Anforderung den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen nebst Erklärungen über Eignungskriterien und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Der Bieter hat ggf. nach Prüfung ein anderes Unternehmen, bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen,

behält sich der Auftraggeber vor, dass das andere Unternehmen durch den Bieter oder Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ausgewechselt wird; im Übrigen siehe § 36 Abs. 5 und § 47 VgV. Hinweis zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE): Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Angebot eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden; dann gilt § 50 VgV. Einzureichende Unterlagen: - 6.1-VgV-TNW - Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123, 124 GWB (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.2-VgV-TNW - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, bei dem der Teilnehmer aufzeigt, welche Selbstreinigungsmaßnahmen er begonnen hat oder welche bereits abgeschlossen sind. Bei Vorlage eines Ausschlussgrundes nach §123,124 GWB. - 6.3-VgV-TNW - Bewerbergemeinschaftserklärung (§ 43 VgV) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.11-VgV-TNW - § 34a GewO (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 34a der Gewerbeordnung (GewO) oder eine gleichwertige Erlaubnis eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder aber eine sonstige Bescheinigung / einen sonstigen Nachweis der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum über die Befähigung zur Ausübung des Bewachungsgewerbes (vgl. § 13 Bewachungsverordnung) vorliegt. Für ausländische Bewerber: Erklärung dazu, wie sichergestellt wird, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 13 a GewO bis spätestens zum Beginn der Auftragsausführung vorliegt. - 6.14 - VgV - TNW - Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - 6.6-VgV-TNW -

Referenzobjekte (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen):

Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers und Kontaktdaten des Referenzgebers. Es werden für das Kriterium Referenzen nachfolgende Unterkriterien je Los gebildet: Weitere Einzelheiten sind der Eignungsmatrix sowie der Informationsunterlage zu entnehmen. Es gelten die nachfolgenden

Mindestanforderungen: Eine Referenz ist nur dann wertbar, wenn diese die Anforderungen an das jeweilige Los erfüllt. Los 1: > Mindestens 3 Referenzleistungen aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen für öffentliche Gebäude (Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Schulen, Jobcenter, Klinik) mit jeweils einem Mindestauftragswert im Jahr von 500.000 netto, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Los 2: > Mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung pro Objekt in Höhe von 130 Personen, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Los 3: > Mindestens 3 Referenzen aus dem Bereich Unterkunft für Geflüchtete, Asylbewerberunterkunft, Unterkunft für Wohnungslose, Klinik/ZfP, Klinik mit Notaufnahme mit einer mind. Soll-Belegung in Höhe von 100 Personen, Mindestlaufzeit 1 Jahr oder länger Hierbei sind je Los die genannte Mindestanzahl an Referenzen mit den jeweiligen genannten Anforderungen einzureichen. Erfüllt ein Bewerber diese Anforderungen nicht, erfolgt der Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb. - 6.7-VgV-TNW - Nachunternehmererklärung /Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (sofern

einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise des Nachunternehmers. Auf Anforderung sind die dazugehörige Verpflichtungserklärung und die Eignungsnachweise des Nachunternehmers einzureichen: > Nachunternehmerverpflichtungserklärung > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis (siehe oben bei "Eignungskriterium - Sonstiges - 1. - 6.12-VgV-TNW-Erklärung zur Zertifizierung") > Einsatz eines gültig zertifizierten Alarmproviders zertifiziert nach DIN EN 50518 oder VdS 3138 zzgl. Nachweis (Los 1) (sofern einschlägig) Die Mindestanforderungen, die für die Bewerber gelten, gelten auch für Nachunternehmer - ausgenommen der Mindestanforderungen bzgl. des Umsatzes. - 6.8-VgV-TNW - Eigenerklärung Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, ob und wie im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe, § 47 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Erklärungen nach § 123ff GWB. Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der techn. Leistungsfähigkeit erfolgt, muss mit dem Teilnahmeantrag zugleich eine dazugehörige Nachunternehmererklärung eingereicht werden und auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung Nachunternehmer und die Ausschlussklärung sowie Eignungsnachweise des Nachunternehmers. Auf Anforderung sind die dazugehörigen Verpflichtungserklärung und die Eignungsnachweise des Eignungsverleihers im Hinblick auf die geliehene Eignung einzureichen: > Verpflichtungserklärung Eignungsleihe > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO (soweit einschlägig) > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV (soweit einschlägig) > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV (soweit einschlägig) > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV (soweit einschlägig) > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis (siehe oben bei "Eignungskriterium - Sonstiges - 1. - 6.12-VgV-TNW-Erklärung zur Zertifizierung") > Einsatz eines gültig zertifizierten Alarmproviders zertifiziert nach DIN EN 50518 oder VdS 3138 zzgl. Nachweis (Los 1) (sofern einschlägig) - 6.9-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.10-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Nachunternehmereinsatz (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement und ISO 14001 Umweltmanagementsysteme (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (losübergreifend) (siehe sonstige Eignungsbedingungen). - 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zum Alarmprovider-Einsatz zzgl. Nachweis (Los 1) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (siehe sonstige Eignungsbedingungen)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/05/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYYDY1J74M8M2/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYYDY1J74M8M2>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXSYYYDY1J74M8M2>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/05/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 159 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt lediglich im Umfang der Regelungen der VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - 6 - VgV - TNW - Bewerberbogen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.15 - VgV - TNW - Erklärung zu Russlandsanktionen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: § 65 Abs. 2 VgV

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bewerber/Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die in Ziffer I.1) genannte Vergabestelle zu richten. Die zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist in Ziffer VI.4.1) genannt. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. § 160 GWB der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer (Ziff. VI.4.1). Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis Havelland - Der Landrat -

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landkreis Havelland - Der Landrat -
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Havelland - Der Landrat -

Registrierungsnummer: DE 138631011

Postanschrift: Platz der Freiheit 1

Stadt: Rathenow

Postleitzahl: 14712

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Dezernat I, Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@havelland.de

Telefon: +49 33855511261

Fax: +49 338555131261

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Havelland - Der Landrat -

Registrierungsnummer: DE 138631011

Postanschrift: Platz der Freiheit 1

Stadt: Rathenow

Postleitzahl: 14712

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Dezernat I, Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@havelland.de

Telefon: +49 33855511261

Fax: +49 338555131261

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft und Energie

Registrierungsnummer: t:03318661719

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabekammer@MWAE.Brandenburg.de

Telefon: +49 3318661610

Fax: +49 3318661652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Havelland - Der Landrat -

Registrierungsnummer: DE 138631011

Postanschrift: Platz der Freiheit 1

Stadt: Rathenow

Postleitzahl: 14712

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Dezernat I, Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@havelland.de

Telefon: +49 33855511261

Fax: +49 338555131261

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

591efaa7-de53-4afc-9370-3cdf3c1ce7b2-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

6.12-VgV-TNW- Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zum Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement. Für den Fall, dass Bewerber über keine vorbenannte Zertifizierung verfügen, gelten folgende Nachweispflichten, durch diese ebenfalls die Mindestanforderung an die Eignung erfüllt werden kann: Eigenerklärung über das Vorhandensein einer gleichwertigen Bescheinigung durch eine akkreditierte Stelle aus anderen Staaten, vgl. § 49 Abs. 1 S. 2 VgV - mit dem Teilnahmeantrag ist hierzu eine individuelle Bewerbererklärung einzureichen oder Eigenerklärung über das Bestehen eines gleichwertigen Qualitätssicherungssystems. Der Bewerber hat hierzu eine Eigenerklärung abzugeben, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen. Um von einem gleichwertigen Qualitätssicherungssystem auszugehen, hat die beigelegte Eigenerklärung mindestens folgende Aspekte dieses Qualitätssicherungssystems zu erläutern: - Kontext der Organisation o Verstehen der Organisation und ihres Kontextes o Verstehen der Erfordernisse und Erwartungen von Beschäftigten und anderen interessierten Parteien o Festlegen der Anwendungsbereich des SGA-Managementsystems o SGA-Managementsystem - Führung und Beteiligung der Beschäftigten o Führung und Verpflichtung o SGA-Politik o Rollen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse in der Organisation o Konsultation und Beteiligung der Beschäftigten - Planung o Maßnahmen zum Umgang mit Risiken und Chancen - Ermittlung von Gefährdungen und Bewertung von Risiken und Chancen - Bestimmung rechtlicher Verpflichtungen und anderer Anforderungen - Planung von Maßnahmen o SGA-Ziele und Planung deren Erreichung - Unterstützung o Ressourcen o Kompetenz o Bewusstsein - Kommunikation (intern/extern) o Dokumentierte Information (Erstellung und Aktualisierung sowie Lenkung der Information) - Betrieb o Betriebliche Planung und Steuerung o Gefahren beseitigen und SGA-Risiken verringern o Änderungsmanagement o Beschaffung o Notfallplanung und Reaktion - Bewertung der Leistung o Überwachung, Messung, Analyse und Leistungsbewertung - Bewertung der Compliance o Internes Audit (inkl. Auditprogramm) o Managementbewertung - Verbesserung o Vorfall, Nichtkonformität und Korrekturmaßnahmen o Fortlaufende Verbesserung Dieser alternative Nachweis durch Eigenerklärung kann nur dann zulässigerweise durch einen Bewerber erbracht werden, wenn dieser aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden, vorbenannten Bescheinigungen nicht innerhalb

einer angemessenen Frist einholen konnte. Die Gründe hierfür hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zu benennen. Er trägt hierfür die Darlegungslast. Falls geplant ist, diesen alternativen Nachweis abzugeben, ist die Anlage 6.12-VgV-TNW - bei Abgabe des Antrags unausgefüllt abzugeben. Dies ist eine Mindestanforderung.

10.1. Änderung

Beschreibung der Änderungen: Konkretisierung Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder alternativer Nachweis
Änderung der Auftragsunterlagen am: 08/05/2024

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5b2c624e-fad3-406a-8d9a-c5944751870d - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 08/05/2024 20:05:44 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 279936-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 92/2024
Datum der Veröffentlichung: 13/05/2024